



Inhaltsverzeichnis

12.02.2026	Bremer Nachrichten Bremen: Schicht im Schacht in Gorleben	3
12.02.2026	Goslarsche Zeitung: Atomkraft im Aufwind?	5
12.02.2026	Bergsträßer Anzeiger: Kritik an Schwalbentürmchen	7

Schicht im Schacht in Gorleben

Nach dem Aus für das geplante Atommüllendlager wird das Bergwerk zugeschüttet – ein Besuch vor Ort

Gorleben. Die Nacht war frostig. Durch den Wald hinter Gorleben wabert kalter Nebel. An den Spitzen der Kiefernadeln glänzen kleine Eistropfen im milchigen Zwielflicht. Auf einer Lichtung liegt die "Beluga". Auf Tiefladern hatten Greenpeace-Leute ihr früheres Aktionsschiff ins Wendland gebracht. In Sichtweite des Endlagerbergwerks setzten sie das in Einzelteile zerlegte Schiff wieder zusammen – als ein 32 Tonnen schweres und 24 Meter langes "Mahnmal gegen die Nutzung der Atomenergie und die gestrandete Atommüllpolitik".

Hinter dem Zaun des Bergwerks wird auch an diesem kalten Wintermorgen gearbeitet. Schwere Fahrzeuge rangieren auf dem Gelände. Sie transportieren Salz, das einst aus der Erde geholt und ein Stück entfernt auf einer gewaltigen Halde aufgeschüttet wurde, zurück in das Bergwerk.

Insgesamt sollen rund 400.000 Kubikmeter Steinsalz in die für die Erkundung des unterirdischen Salzstocks aufgebohrten oder durch Sprengungen geschaffenen Hohlräume befördert werden. Mit den Arbeiten liege man gut im Plan, versichert Sven Petersen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). "Bis Mitte Januar haben wir bereits 150.000 Tonnen Salz nach unter Tage verbracht."

Standort als Endlager aussortiert

Mit dem Zuschütten des Bergwerks hat das letzte Kapitel in der wechselvollen Geschichte der Auseinandersetzung um ein Atommüllendlager in Gorleben begonnen. Über Jahrzehnte wurde der Salzstock als einziger Standort auf seine Eignung als Endlager für hoch radioaktive Abfälle geprüft. Erst 2020 wurde er aus dem neu aufgerollten Suchverfah-

ren für ein Endlager aussortiert – der Salzstock hat Kontakt zum Grundwasser und ein zu dünnes Deckgebirge.

Wolfgang Ehmke, Sprecher der örtlichen Bürgerinitiative (BI), führt den Besucher über die Lichtung, die sie hier wegen des aufgebockten Schiffs das "Beluga"-Dreieck nennen. Auf einer Schneise sind drei große Kreuze in den sandigen Waldboden gerammt worden. Eines ist so stark verwittert, dass es von einem Baum abgestützt werden muss. Grob behauene Stämme dienen als Bänke. An den Kreuzen treffen sich Menschen zum "Gorlebener Gebet", Sonntag für Sonntag, seit fast 40 Jahren. Sie halten Andachten ab, singen Lieder und mahnen einen anderen Umgang an mit Atommüll und der Umwelt.

Im Februar 1977 hatte Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Gorleben per Fingerzeig auf der Landkarte zum Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum auserkoren. Außer einem Endlager sollten eine Wiederaufarbeitungsfabrik (WAA) und weitere Nuklearanlagen gebaut werden.

Wissenschaftliche Gründe spielten für die Auswahl Gorlebens kaum eine Rolle. Albrecht wollte mit seiner Entscheidung vor allem die DDR ärgern, wie der 2010 verstorbene Geologie-Professor Gerd Lüttig kurz vor seinem Tod bestätigte. Der Ministerpräsident habe den Standort in der Nähe der deutsch-deutschen Grenze haben wollen, "weil die Ostzonalen uns die Geschichte mit ihrem Endlager Morsleben eingebrockt hatten". Morsleben, das in Sachsen-Anhalt nahe an der Grenze zu Niedersachsen liegt, war seit 1971 das Atommüllendlager der DDR.

Erst später habe Albrecht weitere Argumente für Gorleben hergeholt, erinnerte sich der Wissenschaftler. "Er hat gesagt, der Landkreis sei ja dünn besiedelt, und er sei vom Landkreis angesprochen worden, man solle doch da etwas machen, es käme doch dem Landkreis zugute." Im strukturschwachen, konservativen Wendland mit damals stabiler CDU-Mehrheit würden die Leute schon nichts gegen die geplanten Atomfabriken haben.

Doch die Rechnung ging nicht auf. Viele Lüchow-Dannenbergler lehnten die Atomanlagen ab. Schon am Abend der Standortbenennung, am 22. Februar 1977, demonstrierten in Gorleben Hunderte empörte Bürger. Drei Wochen später versammelten sich bereits 20.000 Menschen am geplanten Baugebäude. Ein nie aufgeklärter Waldbrand hatte das Gebiet kurz zuvor verwüstet und wertlos gemacht.

Treck von Landwirten wurde legendär

Im März 1979 brachen Landwirte aus dem Wendland zu ihrem legendären Treck nach Hannover auf. Sie wurden dort von mehr als 100.000 Demonstranten begeistert empfangen. Das beeindruckte auch die Politik. Eine WAA in Gorleben sei politisch nicht durchsetzbar, telegrafierte Albrecht an Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Die Erkundung des Salzstocks ging aber weiter, bei der Endlagersuche blieb Gorleben für weitere Jahrzehnte als Standort gesetzt.

Mit dem Aus für den Salzstock stellten Politik und Behörden die Suche nach einem Endlager auf Null. In 60 Jahren Atomkraft-Nutzung sind in der Bundesrepublik rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktive Abfälle angefallen. Die BGE hat den Auftrag, dafür den am bes-

ten geeigneten Standort zu finden. Das Endlager soll in mindestens 300 Meter Tiefe gebaut werden und den Atom- müll für eine Million Jahre einschließen. Laut Gesetz soll ein Standort bis 2031 gefunden sein, aktuelle Schätzungen gehen von 2045 bis 2065 aus. Danach wird es noch weitere Jahrzehnte

dauern, bis das Endlager gebaut und befüllt ist.

Das Zuschütten des Bergwerks wollen die Atomgegner weiter beobachten. Wünschenswert, so Ehmke, sei überdies der dauerhafte Erhalt eines Mauerteils, der beim – bereits erfolgten – Abriss der Überwachungsanlagen zu-

nächst stehen blieb. "Dieser Mauerrest mit den Graffiti, die von der bewegten Geschichte des Gorleben-Widerstandes zeugen, muss ein Denkmal für die industriepolitische Fehlentwicklung des letzten Jahrhunderts werden." So wie die "Beluga".

Wörter:	793	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	Reimar Paul tmt5qpj06hwcs218jeih40k	Auflage ¹ :	3.818 (gedruckt) 4.491 (verkauft) 4.907 (verbreitet)
Seite:	14	Reichweite ² :	0,01671 (in Mio)
Ressort:	NIEDERSA		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

Atomkraft im Aufwind?

Während Deutschland Atomkraftwerke abschaltet, investieren andere Länder in neue Reaktoren – Eine Übersicht

Björn Hartmann

Björn Hartmann

Berlin Immer wieder Atomenergie. Manche Länder sehen sie als Chance, von fossiler Energie wegzukommen. Die US-Technologieindustrie will groß einsteigen, um den Hunger der Rechenzentren nach Künstlicher Intelligenz zu stillen. In Deutschland denkt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) immer wieder laut über sie nach. Die Internationale Energie Agentur IEA, lange Jahre skeptisch, hat gar eine Renaissance entdeckt.

In Zahlen schlägt sich die Begeisterung bisher nicht nieder. Anfang 2026 waren weltweit 404 Atomkraftwerke mit einem Durchschnittsalter von etwa 33 Jahren in Betrieb, wie aus dem aktuellen World Nuclear Industry Status Report hervorgeht, einem unabhängigen Bericht zur Lage der kommerziellen Atomstromerzeugung. Vier Anlagen kamen 2025 neu hinzu: zwei in China und je eine in Indien und Russland. Sieben gingen vom Netz: je drei in Belgien und Russland, eine in Taiwan. Das Land stieg damit als fünftes Land aus der Atomenergie aus. Deutschland schaltete den letzten Reaktor 2023 ab.

Anlagen laufen noch in 31 Ländern, die meisten in Frankreich. Gebaut wird in elf Ländern, vor zwei Jahren waren es noch 16. Für Mycle Schneider ein Zeichen, dass die Atomkraft gerade eher im Sinken begriffen ist. Sind insgesamt weniger Anlagen an den Netzen der Welt, steigt doch die erzeugte Strommenge. 2025 dürften die Reaktoren den Rekord von 2024 (2677 Terawattstunden) noch einmal um zehn bis 15 Terawattstunden übertroffen haben. Weil aber auch der Energiebedarf steigt, sta-

gniert der Anteil von Atomstrom weltweit seit Jahren bei um die neun Prozent.

Schneider ist Herausgeber des Berichts, der seit 2007 jährlich erscheint. Die Autoren aus neun Ländern werten öffentlich zugängliche und belastbare Quellen aus. Den Bericht unterstützen unter anderem das Bundesamt für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung (BfS), die Friedrich-Ebert- und die Heinrich-Böll-Stiftung.

China und Russland treiben weltweiten AKW-Bau voran

Zum Jahresbeginn waren 67 Reaktoren weltweit im Bau. Als „im Bau“ zählt ein Reaktor, wenn das Fundament gegossen wird. Deshalb ist zum Beispiel die Anlage, die Polen an der Ostsee errichtet, noch nicht erfasst.

Einzigste Baustelle in Europa ist Hinkley Point C in Südengland.

67 Reaktoren weltweit im Bau klingt viel, doch 36 entstehen allein in China. Das Land hat in den vergangenen Jahren kräftig in Atomkraft investiert. Allerdings stecken sie noch mehr in erneuerbare Energien, die einen deutlich höheren Anteil an der Stromproduktion des Landes haben. Nach China folgt Russland, das Atomreaktoren als Exportprodukt versteht. Die Russen bauen etwa in Ägypten und der Türkei, in Indien und Bangladesch.

Das hat womöglich auch strategische Gründe. „Es gibt keine engere Verbindung zwischen zwei Ländern als den Bau eines Atomkraftwerks“, sagt Schneider. Zudem bieten die Russen an, abgebrannte Brennstäbe wieder zurückzunehmen. In der Türkei werden

sie die vier Anlagen sogar betreiben. Bemerkenswert findet der Herausgeber des Berichts, dass zum Beispiel weder in Süd- noch in Nordamerika eine neue Anlage gebaut wird. Trotz markiger Ankündigungen, groß einsteigen zu wollen.

Zuletzt hatten sich 33 Länder dazu bekannt, Atomenergie bis 2050 zu verdreifachen. Zu den Unterzeichnern des entsprechenden Papiers gehören Frankreich, Finnland, Japan, die Niederlande, Großbritannien und die USA, aber auch Ghana, Jamaika, Ruanda und Senegal. „Wenn alles wie versprochen umgesetzt wird, würde die installierte Leistung von 413 Gigawatt 2020 auf 1240 Gigawatt steigen“, heißt es im World Energy Report.

Geredet wird viel, die Realität sieht möglicherweise anders aus. Schneider hält Pläne und Zahlen für Unsinn. „Es ist einfach technisch nicht möglich, derart viele neue Kraftwerke in der Zeit zu bauen.“ Zumindest, wenn man nach den Reaktoren in der EU geht. Zuletzt begann in der Gemeinschaft 2007 der Bau eines Reaktors. Flamanville-3 in der Normandie ging 2024 nach 17 Jahren in den Betrieb. Die Kosten stiegen von geplanten 3,3 auf mehr als 13 Milliarden Euro.

Nur wenige Firmen können neue Atomkraftwerke bauen

Schneider zufolge gibt es zudem nicht genug Firmen, die derart viele AKW errichten können. Neben der russischen Rosatom sind das CGN und CNNC aus China, die französische EDF und KHNP aus Südkorea. Das US-Unternehmen Westinghouse stellt Technologie bereit, will aber keine Baurisiken mehr eingehen. Eine chinesische Firma zu be-

auftragen, sei für die westliche Welt in-diskutabel, sagt Schneider. Ähnlich sehe es bei Rosatom aus.

Warum dennoch so viele Politiker gern von Atomkraftwerken reden? Es sei einfach, so etwas zu verkünden, sagt Ruggero Schleicher-Tappeser, Mitautor des WNISR-Berichts. „Politiker können zeigen, dass sie etwas tun.“ Ob dann tatsächlich etwas geschieht, ist eine andere Frage.

Der Wandel der Energiewelt macht es für die nuklearen Großanlagen ohnehin schwerer. Solarpanels sind günstig in Masse herzustellen und flexibel ein-

setzbar, wie Schleicher-Tappeser sagt. Sie erzeugten Strom direkt aus der Kraft der Sonne und nicht über den Umweg über Hitze und Turbinen. Zudem sinke der Preis für Batteriespeicher kräftig. Er erwartet, dass auch die US-Technologieriesen eher auf Sonnenenergie setzen als auf Atomkraft.

Was alle alten und neuen Fans bisher neben steigenden Kosten, längerer Bauzeit und technischen Problemen gern übersehen: den Atommüll. Bisher ist weltweit kein Endlager in Betrieb. Immerhin, die Finnen stehen kurz davor.

[Video zum Artikel:](#)

[Wohin mit deutschem Atommüll? Neuer Zwischenbericht grenzt Regionen ein](#)

[Atommüll in der eigenen Region? Das will wohl niemand. Andererseits muss ein Endlager für 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Abfall gefunden werden. Wie es weitergeht.](#)

[Video anschauen](#)

Wörter:	836	Nummer:	36
Seite:	7	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	Wirtschaft	Auflage ¹ :	14.136 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		16.048 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		16.540 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,05961 (in Mio)

Urheberinformation: (c) Goslarsche Zeitung Karl Krause GmbH und Co. KG

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Kritik an Schwalbentürmchen

Tierschutz: Tierschützer fürchten um die Bibliser Mehlschwalbenkolonie, die ihre Brutplätze am ehemaligen AKW verloren hat.

Was wird aus den Mehlschwalben, die in einigen Wochen aus ihrem Winterquartier zu ihren Brutstätten auf dem Kraftwerksgelände in Biblis zurückkehren? Nach dem eiligen Abbruch des letzten von vier Kühltürmen im Januar sehen Tierschützer den Fortbestand der Brutkolonie mit rund 800 Tieren gefährdet. Denn mit den 80 Meter hohen Türmen sind auch die rund 400 Nester der Vögel verschwunden. Die von Anlagenbetreiber RWE geschaffenen Ausgleichsmaßnahmen, die den Mehlschwalben einen Ersatz für den verlorenen gegangenen Lebensraum bieten sollen, sind nach Ansicht der Tierschützer völlig ungeeignet, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Tierschützer halten an ihrem Widerspruch fest

„Die acht aufgestellten Schwalbentürme funktionieren nicht“, betont ein Bündnis aus Wildtierschutz Deutschland, MUNA und BUND Bergstraße. „Ziel muss es sein, bis zur Ankunft der Mehlschwalben ab Mitte März ausreichende Brutmöglichkeiten an den höchsten Gebäuden der Anlage in Biblis zu schaffen. Das Bündnis hat dazu einen konkreten Maßnahmenplan vorgelegt, bietet an, beratend zu unterstützen und warnt davor, einen jetzt noch abwendbaren Umweltschaden durch entschiedenes Handeln nicht abzuwehren“, betont Florinde Stürmer von Wildtierschutz Deutschland in einer aktuellen Pressemitteilung.

Im Januar reichte die Umweltschutzorganisation MUNA, die sich die Erhaltung, Pflege und Entwicklung von wertvollen Lebensräumen und Biotopen zum Ziel gesetzt hat, schriftlich Widerspruch gegen die Abrissgenehmigung für den letzten Bibliser Kühlturm ein. Gleichzeitig lief auf der Inter-

netplattform „openPetition“ eine Unterschriftensammlung zur Rettung der Mehlschwalbenkolonie.

Als über 10.000 Unterschriften eingegangen waren, zogen die Vertreterinnen und Vertreter der Umweltschutzorganisationen am Donnerstag, 15. Januar, vormittags zum Landratsamt nach Heppenheim, um dort dem Kreisbeigeordneten Matthias Schimpf (Grüne) persönlich ihre Kritik und Forderungen vorzutragen – unterstützt vom regen Zuspruch bei der Petition. Gleichzeitig hatten die Tierschützer die Hoffnung, dass der eingereichte Widerspruch den Abriss des letzten Kühlturms aufhalten könnte.

Am Nachmittag des gleichen Tages erhielt der Anwalt der Tierschützer ein Schreiben des Kreises Bergstraße, das Hoffnung machte, dass der Abriss aufgeschoben werden könne. In diesem machte der Kreis Bergstraße deutlich: „Nach vorläufiger Einschätzung gehen wir davon aus, dass der Widerspruch aufschiebende Wirkung hat. RWE Nuclear GmbH wurde heute von uns über den Eingang Ihres Widerspruchs sowie dessen aufschiebender Wirkung bezüglich der Abbruchverfügung vom 5. Februar 2025 informiert.“ Im Gespräch mit dieser Redaktion erklärt Kreisbeigeordneter Matthias Schimpf die damalige Situation. „Die Arbeiten an dem Kühlturm sind eingestellt worden.“ Allerdings habe sich herausgestellt, dass die Standfestigkeit des Bauwerks zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gewährleistet werden konnte. Deshalb seien die Abrissarbeiten fortgesetzt worden. Am Freitag, 16. Januar, fiel der letzte Kühlturm in sich zusammen.

Die Konsequenz daraus ist laut Matthias Schimpf: Gegen den Abriss könne nun nicht mehr geklagt werden. „Aber

der Widerspruch ist nicht erledigt. Es handelt sich weiterhin um ein laufendes Verfahren.“ Schimpf will nun die Beteiligten einladen, um gemeinsam eine Lösung für die strittigen Punkte zu finden. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass in dem Genehmigungsverfahren für den Abriss der Türme die Ersatzmaßnahmen für die Brutkolonie festgeschrieben wurden. Darüber hinausgehende Maßnahmen, wie zum Beispiel Schwalbenbretter an hohen Gebäuden auf dem Kraftwerksgelände, seien freiwillig. Auf den hohen Hallen der Zwischenlager neue Brutmöglichkeiten zu schaffen, sei eine Idee. „Aber für die Zwischenlager ist die BGZ (Gesellschaft für Zwischenlagerung) zuständig und nicht RWE“, gibt er zu bedenken.

Unterdessen hat das Naturschutzbündnis aus MUNA, BUND Bergstraße und Wildtierschutz Deutschland den Kreis Bergstraße mit Frist bis zum 13. Februar aufgefordert, geeignete Maßnahmen für die Brutkolonie zu ergreifen. Es sei nicht ausreichend, dass acht Schwalbentürme als vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen existieren, sondern sie müssten auch funktionieren, damit kein Verstoß gegen das Bundesnaturschutzgesetz vorliege, so die Begründung. Dafür zu sorgen, sei die Aufgabe der zuständigen Kreisbehörde in Heppenheim.

Vögel fliegen aus Afrika Tausende Kilometer nach Biblis

„Die Vögel werden aus Afrika nach einem Tausende Kilometer langen Flug an ihrer ehemaligen Brut- und Lebensstätte ankommen und nichts vorfinden“, heißt es weiter. Die von RWE bereitgestellten bis zu acht Meter hohen Schwalbentürme mit 430 Nestern seien in den vergangenen Jahren nicht von den Schwalben angenommen wor-

den. Das hätten die jährlichen Monitoring-Berichte gezeigt. Die Maßnahme habe von vornherein nur eine geringe Erfolgsaussicht gehabt. Es gebe

weder einen Brutnachweis noch Beobachtungen von Anflügen. Sechs Türme stünden relativ nah beieinander und entlang von Baumreihen. „Hier werden

sich die Schwalben nicht hin orientieren“, so die Tierschützer.

Wörter: 701
Autor/-in: Petra Schäfer
Seite: 7 bis 7
Ressort: Region
Rubrik: Bensheim
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 7.615 (gedruckt)
9.766 (verkauft)
9.885 (verbreitet)
Reichweite²: 0,0346 (in Mio)

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen